

// VORSITZENDE //

GEW Baden-Württemberg • Silcherstr. 7 • 70176 Stuttgart

**Örtlicher Personalrat
GHWRGS-Schulen und Schulkindergarten
am Staatlichen Schulamt Offenburg
Frau Susanne Feld
Freiburger Str. 26
77652 Offenburg**

Stuttgart, 13. Oktober 2020
Telefon: 0711 2 10 30-10
E-Mail: vorsitzende@gew-bw.de

Beschlüsse der Personalversammlung

Liebe Kollegin Susanne Feld,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Susanne,

vielen Dank für die Zusendung der Beschlüsse der Personalversammlung beim Staatlichen Schulamt Offenburg. Damit unterstützen Sie die Arbeit der GEW und zeigen uns, dass unsere Positionen und Forderungen auf breite Zustimmung bei den Lehrer/innen stoßen. Darüber freue ich mich. Im Namen der GEW beziehe ich gerne zu Ihren Forderungen und Anregungen Stellung.

Beschluss 2 Mehr Zeit zum Leben

Für die GEW steht schon seit langem fest, dass eine Absenkung des Deputats für alle Schularten notwendig ist, um die Arbeitsbelastung der Lehrer*innen zu senken. Die Folgen der aktuellen Überlastung der Lehrkräfte sind bekannt und werden von Ihnen benannt: Viele Kolleg*innen gehen mit Abschlag vorzeitig in den Ruhestand oder müssen den Schuldienst krankheitsbedingt verlassen. Die Vorruhestandsquote ist immer noch sehr hoch und ein weiteres Indiz, dass die Arbeitsbelastung gesenkt werden muss. Die hohe Arbeitsbelastung wurde auch durch eine repräsentative Studie zur Arbeitszeit von Lehrer*innen in Niedersachsen belegt, deren Ergebnisse auch auf Baden-Württemberg übertragbar sind. Zum Schutz der bereits im Dienst stehenden Kolleg*innen und um den Schuldienst für potentielle Bewerber*innen attraktiver zu machen, muss die Landesregierung endlich handeln und die Arbeitszeit senken. Bei unserer Landesdelegiertenversammlung im Oktober 2020 werden wir über dieses Thema ausführlich diskutieren.

Beschluss 3 Schaffung eines staatlichen SBBZ ESENT oder einer Trainingsklasse

Beschluss 4 Mehr Personal für den Sonderpädagogischen Dienst für emotional-soziale Entwicklung

Die GEW unterstützt beide Beschlüsse. In den letzten Jahren hat die Zahl der Kinder mit emotional-sozialem Förderbedarf zugenommen. Gerade für sehr junge Kinder und ihre Eltern, die eine Internatslösung ablehnen, braucht es ein wohnortnahes und täglich erreichbares Angebot.

Gleichzeitig muss das Personal im Sonderpädagogischen Dienst für die emotional-soziale Bindung aufgestockt werden. Die aktuell langen Wartezeiten für eine Beratung sind für die Familien nicht zumutbar. Ich teile Ihre Einschätzung in dieser Frage. Ihre Problembeschreibung ist uns nicht neu. Immer wieder treten Kolleg*innen aus dem Sonderpädagogischen Dienst an uns heran und bitten um Hilfe und Unterstützung. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir uns für eine bessere Ausstattung im Bereich der SBBZn stark machen werden.

Das Anliegen, dem Bedarf an sonderpädagogischer Förderung durch die Einrichtung neuer Schulen gerecht zu werden, ist nachvollziehbar. Andere Länder, Südtirol zum Beispiel, zeigen, dass es besser geht. Dort gibt es für 25 Schüler*innen an weiterführenden Schulen 2 Lehrpersonen und eine Integrationslehrkraft. Die Inklusion wird von der Landesregierung nicht aktiv befördert und ist vor allem völlig unzureichend mit Personal ausgestattet. Die GEW hält das Ziel des gemeinsamen Lernens aller Kinder und Jugendlichen dennoch nach wie vor für richtig. Dabei ist uns die Kluft zwischen dem grundlegenden Ziel und einer guten Umsetzung einerseits und den unzureichenden Möglichkeiten vor Ort andererseits durchaus bewusst. Kooperative Formen wie Außenstellen, Außenklassen oder, wie in der Überschrift des Antrags erwähnt, die Einrichtung von Trainingsklassen, können praktikable Wege sein, um den betroffenen Schüler*innen zumindest integrative Angebote zu machen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Kraft und trotz der Pandemie auch Zuversicht für Ihre Arbeit. Die Pandemie erfüllt uns alle mit Sorgen und setzt Sie an den Schulen einem Risiko aus, dass man nicht kleinreden darf. Umso mehr wird sich die GEW gegenüber dem Kultusministerium und der Landesregierung dafür einsetzen, dass der Gesundheitsschutz ernstgenommen wird. Es gelingt hoffentlich, dass Coronaausbrüche an den Schulen eine Ausnahme bleiben. Sollte sich die Situation verschlechtern, müssen Kultusministerium und Landesregierung schnell reagieren und Maßnahmen ergreifen, die den Gesundheitsschutz der Beschäftigten und der Schüler*innen sicherstellen. Zentral ist deshalb die Forderung der GEW, auch in den Unterrichtsräumen die Abstandsregel umzusetzen.

Mit kollegialen Grüßen


Doro Moritz